

strength of national identity in the three East Asian countries. He asserts that the intensity of national identity reached its highest level in China. Challenging here is the question how to gauge the different degrees of strength of national identity or rather how to identify basic indicators, which could range from comparative standardized surveys to the counting of national flags or singing of national anthems in each country. It appeared also that Rozman revealed a culturalist argumentation and essentialist understanding of identity in his speech neglecting the socially or discursively constituted character of identities.

The last speaker was the Korean philosopher Kim Young-oak. In his vocally presented speech Kim lamented that “we have so far been too neglectful of the value of Asian identity” and campaigned for a reevaluation of the “entire inheritance of all of humanity within the context of the Asian Continent Civilization”. Although Kim’s appeal appears somewhat overconfident he went further by co-opting or referring to specific historic developments as ‘Asian’-originated achievements or ancestry, which are for him the hallmarks of a civilization. As he asserts, besides Confucianism and Buddhism every major religion of the world such as Christianity, Judaism and Islam is of ‘Asian’ origin. Moreover, instead of seeing Jesus merely as a Jew, Kim proposes to conceive him also as “an Asian who was intimately familiar with the Wisdom Tradition of Asia”. In his praise of the putative ‘Asian’ accomplishments and his criticism of a Eurocentric view on history Kim oversees that the term ‘Asia’ he used throughout his speech can serve as the very instance of a Eurocentric perspective since Asia, but also other hegemonic representations such as the Orient or Africa, were European (colonial) inventions. That there is no indigenous Korean, Japanese or Chinese word for ‘Asia’, should serve as an example of this modern concept.

In total ICAS 6 was a well organized conference, which also enjoyed the appreciation of the South Korean government by sending the Prime Minister Han Seung-soo, who delivered congratulatory remarks at the ICAS welcoming dinner. The next ICAS will be held in 2011 in Hawaii.

David Shim, Marcus Conlé

Indien nach der Wahl: Politik - Religion - Gewalt

Evangelische Akademie Bad Boll, 18.-20. September 2009

Der Ausgang der letztjährigen Wahlen in Indien wurde in Deutschland nur mit mäßigem Interesse verfolgt, obwohl Indien mit mehr als einer Milliarde Menschen als „größte Demokratie der Welt“ gilt. Im Vergleich mit dem Rummel, der um die US-Wahl und um die Person Barack Obamas allerorten entfacht wurde, wurde von der subkontinentalen Wahl eher am Rande Notiz genommen. In letzter Zeit ist Indien immer wieder durch nationalistische und religiöse Exzesse aufgefallen. Vor allem die Christen in Orissa fürchteten ein Erstarken der Hindunationalisten, die dort

vor fast einem Jahr ein Pogrom angezettelt hatten, dem mindestens 50 Menschen zum Opfer fielen. Auch die Muslime sind häufig im Visier dieser Extremisten, die für ein „hinduistisches“ Indien eintreten, in dem der „Hindu way of life“ (*Hindutva*) praktiziert werden soll und Menschen mit Religionen mit Ursprung außerhalb des Subkontinents bestenfalls in stark assimilierter Weise geduldet werden sollen.

Aber die indischen Wähler haben mit dem Ergebnis der Bundeswahlen viele, vor allem ausländische Beobachter überrascht. Die Kongresspartei ist der klare Gewinner und stellt zusammen mit nur relativ wenigen Partnern in einer erneut als „United Progressive Alliance“ bezeichneten Koalition die Regierung unter Dr. Manmohan Singh. Die eindeutigen Verlierer sind die Hindu-Nationalisten der Bharatiya Janata Party (BJP) nebst ihren Koalitionären.

Das Seminar wollte unter anderem der Frage nachgehen, ob dieses Wahlergebnis zur Beruhigung der aufgewühlten Innenpolitik Indiens führen kann. Die selbst gestellte Frage in der Seminarankündigung lautete allerdings: „Kann uns das beruhigen?“

Viele Kommentatoren meinen, die Wähler hätten für Stabilität und gegen Extremismus gestimmt. So bekundete Bischof Sahu, der Generalsekretär des Nationalen Kirchenrates (NCCI) in Nagpur in Zentralindien, seine große Freude über dieses Ergebnis. Andere mahnen hingegen, allein aufgrund der Wahlergebnisse die rechtsextremen Kräfte nicht zu unterschätzen. Sie könnten in Zukunft, gerade wegen ihrer Niederlage, wieder und noch heftiger zuschlagen. Weniger als allgemein erwartet wurden im Vorfeld der Wahlen die religiösen Leidenschaften instrumentalisiert. Durch die Aktivitäten und Ideologien der Hindunationalisten seit den 1990er Jahren ist jedoch ein unterschwelliges Gewaltpotential aktualisiert worden, das schon lange die sprichwörtliche oder klischeeartige Friedfertigkeit der Hindus überlagert. Die Ereignisse in Gujarat und die jüngsten in Orissa zeigen, dass dieses Potential fast beliebig und jederzeit mobilisiert werden kann. Die Opfer sind austauschbar - wenn sie nur vermeintlich das Ziel der einigen Hindunation oder die „indische Identität“ stören.

Im Laufe der Tagung sollte die Bedeutung des Wahlergebnisses - national und international - von ausgewiesenen Experten analysiert werden und dabei die Programme der wichtigsten Parteien vorgestellt werden. Ein besonderes Schwergewicht sollte dabei auf der Analyse der Ideologie der Hindunationalisten, deren verschiedener Strömungen und ihrer Sicht der anderen Religionen liegen. Diese Überlegungen sollten dann anhand der Ereignisse in Orissa im vergangenen Jahr noch weiter vertieft und konkretisiert werden.

In der Einleitung bezeichnete Pfarrer Wolfgang Wagner, Studienleiter der Evangelischen Akademie Bad Boll, die indische Demokratie als funktionierende Anarchie und gab als Motto Kaiser Ashokas Ansicht zum Besten: „Lasst uns offen auf alle Lehren lauschen.“ Walter Hahn, Koordinator der Plattform „Dalit Solidarität in Deutschland“, befürchtete einleitend, dass die Übergriffe in Orissa nur der

Auftakt zu weiteren Gewalttaten gegenüber Christen seien, gestand aber dennoch zu, dass die Demokratie trotz aller Probleme noch ganz gut funktioniere.

In seinem Beitrag „Die indischen Parteien - Programmatik zwischen Ideologie, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Interessen“ strich Klaus Julian Voll, India-Europe-Consultancy New Delhi, heraus, dass im indischen Parteiensystem oligarchisch-dynastische Tendenzen vorherrschten, die durchaus eine gewisse Legitimität im Volk besäßen. Allerdings müsse sich in Zukunft dieses de facto oligarchische System in ein demokratisches System umwandeln. Ob Ideologien und die daraus resultierenden Parteimanifeste eine große Rolle in der indischen Parteienlandschaft spielen, ist umstritten; Voll sieht dies nicht als gegeben an. Wichtiger sei der Einfluss von ca. 120 politischen Dynastien und der vielerorts praktizierte Personenkult, der sich am deutlichsten an der Person Sonia Gandhis ablesen lässt. In der Folge legte Voll die verschiedenen politischen Richtungen sowie die von den einzelnen Parteien vertretenen Inhalte dar. Diese reichen von atheistischen Strömungen in der Kommunistischen Partei Indiens [CPI (M)], die jedwede Einmischung von religiöser Seite ablehnt, über die einen liberalen Säkularismus vertretende Kongresspartei bis hin zu den stark im Hindunationalismus verankerte BJP.

Im Seminarteil „Indische Wahlen - frei, unabhängig, gleich und geheim? Die Ergebnisse der Kampagne Dalit-Election-Watch“ legte Walter Hahn die Arbeit der Einrichtung der Dalit Election Watch (DEW) dar. Diese soll dauerhaft etabliert werden. Eine Forderung besteht z. B. darin, die Wahllokale aus hochkastigen Gebieten in Schulen und/oder andere Lokalitäten zu verlegen, damit die Hemmschwelle und Diskriminierung gegenüber Dalits gesenkt werden kann. Ziel des DEW ist außerdem, die Nationale Wahlkommission auf subtile Wahlbehinderungen zu Lasten der Dalits aufmerksam zu machen. Ferner sollte die Wahlkommission ihre Tätigkeit nach der Wahl fortsetzen, weil viele Übergriffe auf Dalits erst nach der Wahl erfolgen, wenn diese zu Sündenböcken für nicht genehme Wahlergebnisse gemacht werden. Trotz zahlreicher Verstöße gegen freie und geheime Wahlen wie etwa Streichung von Dalits aus Wählerlisten oder der Erzwingung eines bestimmten Wahlverhaltens sowie Manipulationen an Wahlurnen, musste Hahn konzedieren, dass die Eingriffe quantitativ nicht derart massiv waren, als dass das Wahlergebnis als solches verfälscht worden wäre.

Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) erklärte in seinem Beitrag „Die Ergebnisse der indischen Wahlen und ihre innen- und außenpolitischen Auswirkungen“, dass die von der BJP propagierte Hindutva-Ideologie nicht mehrheitsfähig sei. Ferner habe sich der Trend zur Wahl von Regionalparteien fortgesetzt, diese würden aber vorzugsweise gegenwärtig mit der Kongresspartei koalieren. Klarer Verlierer der vergangenen Wahlen seien die Linksparteien gewesen, die in der vorherigen Legislaturperiode zuweilen eine überdeutliche Blockadepolitik betrieben hätten. Innenpolitisch steht die neue

Regierung vor zahlreichen Herausforderungen wie dem Abschwung (Wirtschaftswachstum nur noch bei ca. 6 Prozent) sowie der weiter besonders notwendigen Entwicklung des ländlichen Raums und der sozialen Integration der muslimischen Bevölkerung Indiens. Außenpolitisch im Fokus steht die Wiederaufnahme des Dialogs mit Pakistan nach den Terroranschlägen in Mumbai vom 26. November 2008. International seien weiterhin die USA sowie China die wichtigsten Partner.

Uwe Skoda beleuchtete mit seinem Beitrag den „Missbrauch religiöser Identitäten für politische Zwecke“. Die Verfechter der *Hindutva* sehen den „Hindu way of life“ als Essenz der indischen Kultur. Diese Lebenseinstellung würde laut der Rashtriya Swayam Sevak Sangh (RSS), dieser als Kulturorganisation organisierten politischen Macht hinter der BJP, die Mehrheit der Inder repräsentieren. Dabei wird *Hindutva* als der Dreischritt aus *Punyabhū* (Heiliges Land), *Jati* (gemeinsame Rasse) und *Sanskriti* (gemeinsame Kultur) verstanden. Dabei würde die Gruppe gegenüber dem Individuum betont. Allerdings sei zu beobachten, dass die *Hindutva* ihre Anziehungskraft allmählich einbüßen würde, da Mobilisierungsevents wie etwa die Zerstörung der Babur-Moschee und der Wiederaufbau des Rama-Tempels zunehmend ins Leere laufen würden. Ohnehin seien eher die Hasskampagnen (gegen Muslime oder Christen) von „Erfolg“ gekrönt gewesen als diejenigen, die ideologisch begründet waren.

Es folgte ein Beitrag von Sathianathan Clarke, Professor für Theologie am Wesley Theological Seminary, Washington DC, zu „Tolerant Hinduism and the principles and practices of violence in Indian society“, worin er ausführte, dass die Modernisierung (= Individualismus und Autonomie) verbunden mit Globalisierung (= Elastizität) die althergebrachten Gebräuche und Sitten samt ihrer Systeme erodiere. Dies habe zu einer weltweit volatilen Situation geführt, in der Religionen miteinander um Vorherrschaft streiten würden. Der Hindu fundamentalismus sei eine Ausprägung dieser Radikalisierung, wobei der Niedergang Indiens (in der vorkolonialen und der Kolonialzeit) auf die „Schwäche“ des Hinduismus zurückgeführt wird. Adivasis, Dalits und in gewissem Maße Frauen werden als Akteure gesehen, die die alte, von der Hindu kultur vorgegebene Ordnung lockern und sich dadurch von der „Mutter Indien“ lösen und sich anderen Körperschaften (den Christen in Orissa etwa) anschließen. Auch Clarke stufte die Wahlen als Votum gegen Hass, Exklusivismus und Fundamentalismus ein.

Anna Dirksmeier, Indien-Referentin bei Misereor, berichtete in ihrem Beitrag „Violence against Christians in Orissa - ‘religious war’ or part of hindu-nationalist power strategy“, dass die Situation in Orissa nach den Pogromen gegen Christen noch nicht wieder normal sei. In der Vergangenheit seien ethnische Konflikte in Komplizenschaft mit der Polizei politisiert worden. Dies zeigt sich umso mehr an der Tatsache, dass der Welthindurat (Vishwa Hindu Parishad = VHP) den Christen unterstellte, den Mord an Swami Lakshmananda gewollt zu haben, nachdem die Maoisten bereits die Verantwortung für den Tod des Swami übernommen hatten.

Abschließend beurteilte Voll die Wahlen nochmals als Absage des indischen Wahlvolkes an kommunale Kräfte. Allerdings stehe die Regierung unter großem Erfolgsdruck bei der Lösung der internen Probleme des Landes. Zudem sehe er die Gefahr, dass bei internen Machtkämpfen innerhalb der BJP die liberalen Stimmen immer aus der Partei gedrängt würden.

Clarke forderte, dass religiöse Werte herangezogen werden sollten, um einen starken säkularen Staat zu formen. Dadurch könnten die Fundamentalisten jeglicher Couleur wirksam bekämpft werden, die immer versuchten, Religion in die Politik einzuführen.

In seinem Fazit unterstrich Skoda, dass man die Rolle der überkommenen Strukturen keinesfalls unterschätzen sollte, da beispielsweise in Orissa königliche Familien noch immer als „Vermittler“ zwischen Staat und Königtum gälten.

Schließlich wurde festgehalten, dass es zu wenig Koordination zwischen Nichtregierungsorganisationen gäbe und eine bessere Dialogkultur zwischen europäischen und indischen Nichtregierungsorganisationen erreicht werden müsse. Zudem sollten sich die Kirchen stärker mit der Zivilgesellschaft vernetzen.

Insgesamt war das Seminar überaus informativ. Für den Nichteingeweihten überwog zuweilen die Fachkenntnis der Referenten und die damit einhergehende Informationsflut das Erkennen der übergeordneten Strukturen der indischen Politik. Die Evangelische Akademie Bad Boll bot einmal mehr einen hervorragenden Rahmen für dieses Seminar sowie den Austausch untereinander in abgeschiedener Atmosphäre.

Jona Aravind Dohrmann

Ressourcen, Klima und Umwelt in Ostasien

Arbeitskreis Ostasien beim Deutschen Geographentag, Wien, 23. September 2009

Im Rahmen des Geographentages 2009 in Wien hat der Arbeitskreis Ostasien zum Thema „Ressourcen, Klima und Umwelt in Ostasien“ getagt. Die Beiträge haben deutlich gemacht, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit „Ressourcen“ ein gleichermaßen spannendes wie wichtiges Thema ist. Angesichts zunehmender Knappheiten, die u. a. auch durch das wirtschaftliche Aufstreben der VR China bedingt sind, stellt sich die Frage nach den Auswirkungen auf die nationalen Ökonomien und auf die Weltwirtschaft. Dabei sind Ressourcen immer auch Gegenstand von Politik und Macht, weil die Sicherung der nationalen Ressourcenversorgung längst im globalen Maßstab stattfindet. Der weltweit wachsende Ressourcenverbrauch stellt jedoch kein rein ökonomisch-politisches Problem dar, denn auch Klima und Umwelt sind davon betroffen. Die Erschöpfung von nicht erneuerbaren mineralischen Rohstoffen und die menschlichen Eingriffe in Natur und Umwelt verursachen erhebliche Langfristprobleme, die wir heute erst zu erahnen beginnen. Der steigende Energiebedarf der Schwellen- und Entwicklungsländer